

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	41
		TOP:	3
Verhandlung		Drucksache:	421/2022
		GZ:	T
Sitzungstermin:	07.02.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Schmidt / fr		
Betreff:	Umsetzung Infrastrukturprojekte durch das Tiefbauamt - Priorisierung		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Technischen Referats vom 31.01.2023, GRDRs 421/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) unterstützt die Grundlinie der Vorlage, moniert jedoch, dass die "Stadt am Fluss" nicht enthalten sei. Dieses Projekt sei für die Stadtgestaltung und zur Erreichung der Klimaziele insgesamt sehr wichtig. Zustimmung äußert er zur Aussage, den Erhalt einem Neubau vorzuziehen, betont aber, ein Erhalt bedeute nicht immer automatisch, eine Straße in der gleichen Form wieder neu aufzubauen. So könne beispielsweise im Zuge einer Straßensanierung eine Radspur umgesetzt werden. Erstaunen äußert er über das Fehlen der Brücke Münster/Hallschlag, die sich schon sehr lange in der Umsetzung befinde. Er gehe davon aus, dass manche Projekte nicht enthalten seien, weil sie zu klein seien und nennt den "Superblock" oder Begleitmaßnahmen zu Rosenstein als Beispiele. Zur Jahnstraße erfragt er den aktuellen Stand der baulichen Umsetzung der Pop-up-Radspur.

Über das Verhältnis von priorisierten und nicht priorisierten Vorhaben teilt StR Kotz (CDU) sein Erstaunen mit. Nichtsdestotrotz seien die nicht priorisierten Projekte wie der von seinem Vorredner angesprochene Neckar sowie der drei- bis vierspurige Ausbau der Nord-Süd-Straße und der Knotenpunkt Friedrichswahl schmerzhaft. Er wolle wissen, wer die Priorisierung vornehme und ob manche Projekte nicht nach außen vergeben werden könnten. Bezüglich blauer Infrastruktur hält er den Nesenbach für hoch priorisiert, dieser sei aber nicht in der Liste enthalten. Überrascht zeigt er sich über die Einordnung der Instandhaltung von Weinbergstapfen unter der Überschrift "Straßenbau und Verkehrssteuerung".

Den Ausführungen seiner Vorredner schließt sich StR Conzelmann (SPD) in Teilen an. Er sei ebenfalls über die Aussage des schwerpunktmäßigen Erhalts der Verkehrsinfrastruktur "gestolpert". Dies dürfe nicht bedeuten, den Umbau des öffentlichen Raumes einzustellen. Beim Thema "Stadt am Fluss" dürfe nicht der Eindruck vermittelt werden, es gehe nichts voran. Er möchte wissen, wie viele der im letzten Doppelhaushalt geschaffenen Stellen mittlerweile besetzt und ob diese ausreichend seien.

Auf die gesetzten Klimaziele verweist StR Pantisano (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Dies bedeute eine große Herausforderung im Sektor Verkehr. Er regt für den kommenden Doppelhaushalt eine Mitteilungsvorlage zu benötigtem Personal und zu benötigten Mitteln zur Erreichung dieser Ziele an. Die Stadt dürfe nicht in eine Mangelverwaltung rutschen. Bedauerlicherweise fielen einige gute Vorhaben weg. Erstaunen zeigt der Stadtrat über die Gleichrangigkeit von "Lebenswerter Innenstadt" und dem Kreisverkehr Otto-Hirsch-Brücken. Erstere müsste einen separaten Punkt mit vielen Maßnahmen bilden. Er erwarte eine schnellere Gestaltung und mehr Kreativität in der Umsetzung. Dies gelte auch für den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen, worauf BM Thürnau entgegnet, der Busverkehr könne nur bedingt gestört werden. Es könnten nicht 40 Bushaltestellen in der Stadt gleichzeitig auf Baustelle geschickt werden. Die Rahmenbedingungen seien zu beachten.

StR Serwani (FDP) kann die Priorisierung nachvollziehen. Der Erhalt der Infrastruktur, der die vergangenen Jahrzehnte vernachlässigt worden sei, sei für alle Verkehrsteilnehmer wichtig. In der Auflistung vermisst der Stadtrat die Aubrücke, für die im vergangenen Jahr ein dringender Sanierungsbedarf kommuniziert worden sei. In seinen weiteren Ausführungen verweist er auf den Bedarf einer gut funktionierenden Infrastruktur anlässlich der Fußball-EM und der IBA. Er plädiert dafür, Planungen an Externe zu vergeben, wenn diese aufgrund der Personalproblematik intern nicht mehr zu leisten seien. Dazu hält BM Thürnau fest, im Hoch- und Tiefbauamt würden rund 95 % der Planungsleistungen extern vergeben.

Der Forderung von StR Peterhoff, Infrastruktur im Rahmen von Sanierungen anzupassen, kann sich StRin Köngeter (PULS) anschließen. Leider tauche die B14 in der Vorlage nur im Zusammenhang mit der Kanalsanierung Hauptsammler Nesenbach Cannstatter Straße auf, wozu ihre Fraktionsgemeinschaft bereits einen Antrag gestellt habe (siehe Antrag Nr. 267/2022).

Die aktuelle Lage zwingt zur Priorisierung, so StR Schrade (FW). Auch wenn er die Begründung für Nord-Süd-Straße und Friedrichswahl nachvollziehen könne, hätte er sich gewünscht, dass diese Projekte im Sinne der Betroffenen trotzdem voranschritten. Die Grundhaltung und Zielsetzung bezüglich Erhalt der Infrastruktur hält der Stadtrat für sehr wichtig, denn Auswirkungen und Schäden seien bei Störungen weitaus größer.

Abschließend richtet er den Blick auf den Finanzbedarf für kleinere Maßnahmen (Ziffer 3.2). Er regt für den kommenden Doppelhaushalt eine Mitteilungsvorlage an, in der auch eine dauerhafte Aufstockung dargestellt werde, um Planungssicherheit zu erlangen.

In einer Prioritätenliste hätte StR Dr. Mayer (AfD) nur wenige Punkte mit voller Priorität erwartet; alles andere sei nachrangig. Auffallend sei die Verwendung von abstrakten Begriffen wie der "Lebenswerten Innenstadt"; für ihn sei eine lebensfähige Innenstadt, ausgerichtet auf gute Infrastruktur für Handel, Gewerbe und Industrie, wichtig.

Die Priorisierung wird von StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) akzeptiert, dennoch erwarte er einen Vorschlag, um das strukturelle Personalproblem in den Griff zu bekommen. Es müsse über Personalwohnungen, eine Stuttgart-Zulage oder die Tarifforderungen der Beschäftigten gesprochen werden. Darüber hinaus schlägt er vor, komplette Planungsbüros zu kaufen. Anders sei es nicht möglich, das "Grundlagen- und Infrastrukturgeschäft" zu bewältigen.

Nach rechtlicher Grundlage könne die Stadt keine Unternehmen kaufen und betreiben, erklärt StR Kotz. Auch die Produktivität und der Output würden dadurch nicht größer.

BM Thürnau kündigt zum nächsten Doppelhaushalt eine Vorlage zum Finanz- und Personalbedarf an. Herr Mutz (TiefbA) ergänzt, er sei in keiner Weise frustriert über die Situation, denn es gebe viele tolle Projekte umzusetzen, und Personalaufbau sei immer besser als Personalabbau. Der Mitteilungsvorlage könne auch entnommen werden, dass man sich viele Gedanken um die personelle Situation mache. Die Stellen des letzten Haushaltes seien mittlerweile besetzt, aber unter deutlich größeren Anstrengungen und höherer Fluktuation als bisher. Die Konzentration auf den Erhalt von Infrastruktur beziehe sich nicht nur auf eine bauliche Modernisierung, sondern auch auf eine Verbesserung der Funktion. Veränderte Bedarfe, wie zum Beispiel mehr Radwege, würden dabei selbstverständlich berücksichtigt. Die von StR Schrade angesprochenen Pauschalen müssten auf Dauer eine gewisse Höhe haben, um die Planung zu verbessern. Den Pauschalen laufe die Baupreisentwicklung allerdings entgegen. Zum Klimaschutz merkt er an, es werde noch einige Vorlagen zu geplanten Maßnahmen geben, um die Ziele zu berücksichtigen. Bei der "Stadt am Fluss" sei vieles noch nicht so weit, um in die Umsetzung zu gehen. Außerdem gebe es einen großen Mangel an Ingenieurbüros in diesem Bereich (Hochwasserschutz, Gewässerrenaturierung). Der Superblock werde weiterverfolgt und die Jahnstraße geprüft. Bei der Nord-Süd-Straße erfolge zunächst eine Konzentration auf die Knotenumbauten, deren Effekt abgewartet werden solle. Die Friedrichswahl ruhe derzeit, da sich die Mitarbeiter im konstruktiven Bereich auf die Brücken konzentrierten, die einen hohen Aufwand erforderten. Die von StR Serwani genannte Aubrücke sei nicht vergessen, aber weniger prioritär als die Rosenstein- und Löwentorbrücke. Zu der Thematik der rund 20 Tunnel in Stuttgart verweist der Tiefbauamtsleiter auf die Betriebstechnik von 15 - 20 Jahren. Somit müsse in jedem Jahr bei einem Tunnel die gesamte Betriebstechnik, die sich immer aufwendiger gestalte und mehr Unterhaltungsbedarf erfordere, erneuert werden. Bezüglich Straßensperrungen führt er aus, es würden so weit wie möglich größere Abschnitte bearbeitet, um effizienter zu arbeiten. So beschleunige eine Vollsperrung den Baufortschritt und koste auch weniger.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt BM Thürnau fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von der GRDrs 421/2022 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Tiefbauamt (5)
Tiefbauamt/SES

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 3. Referat SOS
Amt für Sport und Bewegung (2)
 4. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
Baurechtsamt (2)
 5. GPR (2)
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand